Nr. 102a
XXXII. Jahrgang

Berliner Tageblatt

Parlaments-Ausgabe

Berlin
26. Februar 1903

Haus der Abgeordneten.

(Fortsetzung aus der Abend-Ausgabe.)

Abg. **Gothein** (fr. Vg.):

Ich werde keine Wahlrede halten, obwohl bei diesem Etat viele Wahlreden gehalten werden. Wahlreden werden übrigens nicht über Arbeiterfragen gehalten, sondern über Lokalwünsche. Der Minister wird vielleicht seine gestrige Bemerkung in der Hinsicht zurücknehmen. (Der Minister schüttelt mit dem Kopfe.) Was die Eisenbahnverwaltung mit dem christlich monarchischen Boden zu tun haben soll, weiß ich nicht, der Minister scheint das auch nicht einzusehen. Wir halten es für Terrorismus, wenn die Sozialdemokraten nicht sozialdemokratische Leute an der Arbeit hindern; aber was der Abg. Ring will, ist ebenso Terrorismus (Sehr richtig! links); er sieht den Splitter im fremden Auge, aber nicht den Balken im eigenen Auge. Daß der Minister sich jede politische Agitation während und im Dienste verbittet, halte ich für richtig, ob sich aber ein Beamter sonst zur Sozialdemokratie bekennt, geht die Eisenbahnverwaltung nichts an. (Oho! und Widerspruch rechts.) Sie (nach rechts) stehen eben auf dem Standpunkt: Cuius regio, eius religio! Ich erinnere Sie daran, wie scharf sich Luther hiergegen ausgesprochen hat. Wir haben in unserer Eisenbahnverwaltung mit Beamten mehr zu tun als mit Arbeitern, und die Beamten werden immer den rechten Beamtengeist haben; auch die Arbeiter wissen, daß sie an die rechte Kündigungsfrist gebunden sind. Die Frage ist also gar nicht von so großem Einfluß für unseren Betrieb. Ich denke, wir werden für solche Zustände sorgen, daß wir nie mit einem Streik zu rechnen haben. Der Rückgang der Zahl der Reisenden hat die Einnahme verringert, aber nicht die Ausdehnung der Gültigkeitsdauer der Rückfahrkarte; das hängt jedoch mit den wirtschaftlichen Verhältnissen zusammen; diese Gültigkeitsausdehnung hat eher verkehrshebend gewirkt. Ich hoffe, daß wir noch zu der Einheitskarte kommen werden. Ich glaube, der Einnahmeausfall wird nicht so groß sein, wie man jetzt berechnet; insbesondere würde eine Vereinfachung im inneren Dienst herbeigeführt werden. Die Erledigung der Reklamationen geht auch noch nicht ordnungsmäßig vor sich. Redner bringt dann noch einige Klagen vor, wie der Osten zu gunsten des Westens benachteiligt werde. Durch die Konzentration des Einkaufs nach der Essener Eisenbahndirektion wird Schlesien ganz besonders benachteiligt. Nur ein Prozent einer Schwellenlieferung entfiel auf Schlesien.

Ministerialdirektor **Wöllhausen**:

Der Ausnahmetarif muß das Richtige treffen, er muß den wirtschaftlichen Bedürfnissen entsprechen. Wir geben uns Mühe, die verschiedenen Tarife nach Möglichkeit zusammenzufassen. Ob das immer paßt, ist zweifelhaft, aber es ist eine Vereinfachung. — Wir können Umschlagtarife auf der Oder nur einführen, wenn keine wirtschaftlichen Widersprüche laut werden. So können wir das aus Oesterreich eingeführte Getreide und Holz doch nicht billiger fahren als unser inländisches Produkt.

Abg. **Reck** (kons.)

bleibt unverständlich.

Abg. Dr. **Müller** (fr. Vp.)

gibt der Befürchtung Ausdruck, daß der Wiesbadener Bahnhofsbau nicht in der geeigneten Weise gefördert wird, wenn eine Neueinteilung der Eisenbahndirektionsbezirke Mainz und Frankfurt erfolgt.

Minister der öffentlichen Arbeiten **Budde**:

Die Neueinteilung der Direktionsbezirke wird keinen nachteiligen Einfluß auf die wirtschaftlichen Beziehungen des hessen-nassauischen Landes ausüben. Wenn eine Verschiebung eintritt, werden Züge von der linken Rheinseite auf die rechte herüberkommen. Wiesbaden wird nicht geschädigt werden, sondern durch den Umbau seines Bahnhofes ein große Freude haben.

Nach der Rede des Ministers wird ein Schlußantrag angenommen und das Kapitel „Einnahmen aus dem Personen- und Güterverkehr“ bewilligt.

Das Kapitel „Vom Staate verwaltete Eisenbahnen“ wird genehmigt. Ebenso ohne weitere Erörterung die Kapitel „Anteil Badens an den Betriebsausgaben für die auf badischem Gebiete belegenen Strecken der Main-Neckar-Eisenbahn“, „Wilhelmshaven-Oldenburger Eisenbahn“, „Privateisenbahnen, bei welchen der Staat beteiligt ist“, und „Sonstige Einnahmen“. Ebenso werden die außerordentlichen Einnahmen „Beiträge Dritter zu einmaligen und außerordentlichen Ausgaben“ genehmigt. Bei den dauernden Ausgaben Kapitel „Vom Staate verwaltete Eisenbahnen“ wünscht bei dem Titel „Besoldungen“

Abg. **Bänsch**-Schmiedlein (freik.)

bessere Anschlüsse in Görlitz und günstigere Zugverbindungen zwischen Liegnitz und dem schlesischen Gebirge.

Abg. **Kittler**-Thorn (fr. Vp.)

ersucht um bessere Verbindung zwischen Berlin und dem Osten.

Abg. **Brütt** (freik.):

Bereits im letzten und vorletzten Jahre habe ich auf die geringe Rücksichtnahme hingewiesen, welche Nordschleswig zu teil wird hinsichtlich der Ausstattung mit Schnellzügen. Von Flensburg bis zur dänischen Grenzstation Vandrup auf einer Länge von 82 Kilometern verkehrt nur ein Schnellzug, während Dänemark zwei Schnellzüge von der Grenzstation nach Norden und vier in südlicher Richtung expediert, sodaß das Verhältnis von 1 zu 6 ist. Dieser Zustand ist wirtschaftlich und politisch nicht zu rechtfertigen. Kreise, Städte und Private wenden in Nordschleswig große Summen für die wirtschaftliche Hebung der Gegend auf, ebenso der Staat; aber die Eisenbahnverwaltung bleibt zurück. Solange Nordschleswig nicht in dieser Weise sein Recht wird durch Einstellung von Schnellzügen, wird den Agitatoren, die der Bevölkerung vorspiegeln, daß die jetzigen staatsrechtlichen Verhältnisse nur vorübergehend seien, Wind in die Segel gebracht, und es wird erschwert, daß die Nordschleswiger mit Preußen und Deutschland in nähere persönliche und wirtschaftliche Beziehungen treten. Die Schleswig-Holsteiner sind durch mehrhundertjährige gemeinschaftliche Geschichte, durch Gleichheit der Konfession, der sozialen Schichtung, der Verteilung des Grundbesitzes, der Landeskultur und die vielfachen Familienbeziehungen mit den Dänen im Königreich eng verknüpft. Auf dem Gebiete der Landwirtschaft geben Dänen und Schleswig-Holsteiner sich gegenseitig Anregungen und können voneinander lernen. Wir haben deshalb in Schleswig-Holstein den Wunsch, mit den gescheiten, liebenswürdigen Dänen in möglichst nahen Kontakt zu kommen, und wünschen auch aus diesem Grunde eine bessere Verbindung mit Dänemark. Der Herr Minister hat in der Budgetkommission eine wohlwollende Prüfung dieser Frage zugesagt. Nach dem, was ich inzwischen erfahren habe, wer diese Erklärung nicht der Ausdruck einer gewissen bureaukratischen Freundlichkeit, sondern es stand der ernste Wille, besserend einzugreifen, dahinter. Ich habe die Ueberzeugung, daß der Minister in dieser Sache Wandel schaffen und dadurch sich den Dank der Schleswig-Holsteiner erwerben wird.

Abg. **Oeser** (fr. Vp.)

lenkt die Aufmerksamkeit der Regierung auf die Verbindung des Westens mit Belgien und England; der Aufenthalt in Köln sei zu lang bemessen.

Abg. Dr. **Arendt** (freik.)

bittet, in Zukunft alle Schnellzüge in Hettstedt bei Mansfeld halten zu lassen und eine bessere Verbindung des Harzes mit Berlin herzustellen.

Abg. **Geisler** (Ctr.)

bringt Wünsche um bessere Verbindungen von Glatz—Tittersbach vor.

Abg. **Stubbendorff** (freik.)

regt an, den Abendschnellzug Berlin—Hamburg in der Prignitz halten zu lassen und besseren Verkehr zwischen Karstädt und Lenzen zu schaffen.

Abg. **Marx** (Ctr.)

wünscht bessere Verbindung zwischen Düren, Köln, Neuß, Krefeld und Düsseldorf.

Abg. **Eberhard** (kons.)

ersucht um eine bessere Verbindung Paderborn-Köln und Paderborn-Berlin.

Abg. Dr. **Weihe**-Herford (kons.)

bemängelt die Verbindung Herford-Altenbeken; von den dreißehn Haltestellen auf dieser Strecke seien einige gut zu entbehren.

Abg. **Metzer** (natl.)

ersucht um Einlegung von Schnellzügen zwischen Hamburg und der dänischen Grenze.

Abg. **Wamhoff** (natl.)

erkundigt sich nach den Versuchen, eine bessere Verbindung zwischen Holland und Berlin herbeizuführen, und bittet um eine günstige Verbindung zwischen Osnabrück und Diepholz.

Abg. **Meyer**-Diepholz (natl.)

schließt sich den Wünschen des Vorredners an.

Abg. Dr. **Lotichius** (natl.)

wünscht Verbesserungen im nassauischen Bahnverkehr.

Abg. **Hauptmann** (Ctr.)

empfiehlt häufigere Verkehrsverbindung zwischen Köln und Bonn.

Abg. **Gothein** (fr. Vg.)

gibt seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß die vorjährigen Wünsche im großen und ganzen erfüllt worden seien.

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. **Kirsch** (Ctr.) und **Marx** (Ctr.) weist der

Minister der öffentlichen Arbeiten **Budde**

darauf hin, daß die Interessenkämpfe in seinem Ressort sehr groß sind; er habe bis jetzt leider noch keinen Schnellzug kontrollieren können, der auf allen Stationen halte. (Heiterkeit.) Er habe versucht, im Sommerfahrplan allen Wünschen gerecht zu werden, glaube aber versichern zu können, daß es alle weiteren Wünsche in Erwägung ziehen werde. Er werde vor allem versuchen, die Verbindung zwischen London und Berlin über Hoek van Holland zu verbessern.

Das Haus vertagt sich darauf.

Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr. Rest der heutigen Tagesordnung. Schluß der Sitzung 4½ Uhr.

Deutscher Reichstag.

267. Sitzung vom 25. Februar, 1 Uhr.

Am Tisch des Bundesrats: Graf **Posadowsky**.

Präsident Graf **Ballestrem** eröffnet die Sitzung in Anwesenheit von 8 Abgeordneten, nachdem er schon einige Minuten vorher laut gezählt hatte: 1, 2, 3, 4, 5, 6 Abgeordnete.

Die zweite Beratung des Etats wird fortgesetzt beim Etat Reichsamt des Inneren, Kapitel Reichsgesundheitsamt.

Abg. **Zwick** (fr. Vp.):

Ich habe schon im vorigen Jahre die Frage des Borsäureverbots zur Sprache gebracht. Wie im vorigen Jahre, so halte ich auch jetzt noch dieses Verbot für unbegründet. Das Gutachten des Reichsgesundheitsamts steht im Widerspruch zu dem des Geheimrats Liebreich. Die Frage hat nicht nur wissenschaftliche, sondern auch wirtschaftliche Bedeutung. Ich meine, man hätte mit einem solchen Verbot warten sollen, bis zuverlässige wissenschaftliche Ergebnisse vorlagen. Man hätte das Verbot fakt am 1. Oktober v. J. noch immer am 1. April in Kraft treten lassen können. Bis dahin hätte man genügende Erfahrungen sammeln können. Daß dieses Verbot übereilt erlassen ist, ergibt sich schon daraus, daß die meisten Gutachten jetzt zu dem Schlusse kommen, die Borsäure sei in so geringen Mengen, wie sie zur Konservierung von Fleisch- und Wurstwaren verwendet wird, unschädlich. Ein anderes Mittel zur Konservierung des Fleisches gibt es nicht. Ein Grund zu dem gesetzlichen Vorgehen ist daher nicht einzusehen.

Abg. Dr. **Oertel** (kons.):

Ich glaube, der Vorredner tut dem Reichsgesundheitsamte unrecht, wenn er meint, dieses habe sich eine Art Reichsgesundheitswissenschaft konstruiert. Die Oeffentlichkeit und die Praxis hatten genügend Zeit, sich auf das Verbot vorzubereiten. Professor Liebreich hat sich früher auch dahin ausgesprochen, daß Borsäure gefährlich werden könne. Ich selbst habe an meinem Magen schlimme Erfahrungen mit der Borsäure gemacht, will mich deshalb aber nicht als warnendes Beispiel hinstellen. Der Kampf um die Borsäure wird in erster Linie von Herrn Geheimrat Liebreich und Professor Gerlach geführt. Die Polemik des Herrn Professors Gerlach kann ich nur als unschön und unsympathisch bezeichnen, wenn ich mich eines sehr bescheidenen Ausdruckes bedienen soll. Daß die Gefahr der Borsäure zweifellos nachgewiesen ist, bestätigen Autoritäten wie Professor Hofmann-Leipzig und Hans Meier-Marburg. Dieser ganze Rummel gegen das Borsäureverbot ist durch die Importeure und Schlächtervereine gefördert. Aber auch einige Schlächter, wie Herr Stackelhaus in Aufruhrt, haben sich für das Verbot ausgesprochen. Karl Marx — nicht der berühmte, sondern der jetzige Vorsitzende des Fleischerverbandes — war noch 1900 für das Verbot. Seitdem ich weiß, daß bei der Herstellung der Frankfurter Würstchen Borsäure verwandt wird, enthalte ich mich ihres Genusses. Es liegt also nicht im Interesse der Frankfurter Verkäufer, diese Tatsache bekannt zu geben. Herr Stackelhaus hat öffentlich erklärt, daß er vor 14 Jahren ohne Borsäure Würstchen hergestellt habe, die jetzt noch gut und genießbar seien. (Heiterkeit.) Man sagt, der arme Mann brauche das mit Borsäure behandelte Fleisch. Das gute Fleisch ist aber in Amerika teurer als bei uns. Mit Borsäure wird nur das Fleisch behandelt, dessen Minderwertigkeit nicht erkannt werden soll. Für mich ist dies auch eine Art unlauterer Wettbewerb. Wo irgend ein Surrogat sich zeigt, pflegen die Herren von der Linken immer mit liebreicher Beredsamkeit sich dessen anzunehmen. Die Zweckmäßigkeit des Oelleigs, den man auch Margarine nennt, wurde uns früher ja auch so außerordentlich bewiesen, daß uns das Wasser im Munde zusammenlief. Wir wollen nichts Präparieres, Borsäuriertes, Ammoniakiertes und manchmal Undefinierbares und Ungenießbares. Wer so etwas genießen will, der mag es tun. Wir sagen dann: „Wohl bekomm's, guten Appetit!“ (Beifall rechts.)

Abg. Dr. **Deinhard** (natl.):

Die Medizinalbehörden haben sich dahin ausgesprochen, daß die Giftigkeit der Borsäure zwar noch nicht absolut feststeht, aber in hohem Maße wahrscheinlich ist. Daraus rechtfertigt sich das Verbot dieses Konservierungsmittels. Ich bitte den Bundesrat, das Verbot aufrecht zu erhalten.

Staatssekretär im Reichsamt des Inneren, Dr. Graf **v. Posadowsky**:

Eine autoritative Stelle muß auf gesundlichem Gebiete für die Regierung vorhanden sein. Wir können nicht ein kontradiktorisches Verfahren zwischen den Gelehrten eröffnen und sehen, auf welcher Seite die Mehrheit ist. Wir müssen die Fragen der Wissenschaft durch das Gesundheitsamt entscheiden lassen, und diese Entscheidung muß für uns maßgebend sein, solange nicht der Nachweis geführt ist, daß die Entscheidung falsch ist. Gegenüber den Stimmen, die sich gegen das Verbot der Borsäure ausgesprochen haben, haben sich viele Gelehrte für das Verbot erklärt. Ich nenne nur Professor Hofmann-Leipzig, Professor Böhm-Leipzig, Professor Hans Meyer-Marburg, Geheimrat Märcker-Nürnberg, Dr. Dorquet-Manasse-Berlin. Also sogar pharmakologische Gelehrte sind auf Seiten des Gesundheitsamtes, nicht nur Aerzte. Wenn wir uns auf die Gelehrten stützen wollten, wir würden hilflos wie Pilatus die Frage stellen können: Was ist Wahrheit? In Amerika ist zum Teil in viel ausgedehnterem Maße die Verwendung von Borsäure verboten. Es sind sogar schon deutsche Importeure bestraft, weil sie andere, mit Borsäure versetzte Lebensmittel eingeführt hatten. Im amerikanischen Repräsentantenhaus ist sogar ein Gesetz angenommen, das jegliche Ein- und Ausfuhr, jeden Handel zwischen den Staaten und Territorien verbietet mit gefälschten oder mit nachteiligen Zusammensetzungen versehenen Nahrungsmitteln. (Hört, hört! rechts.) Nach Zeitungsnachrichten soll ein Antrag, nach dem die Borsäure zu diesen Zusammensetzungen nicht gehören sollte, abgelehnt sein. (Hört, hört! rechts.) Durch die Zeitungen ging die Nachricht, daß auf Ansuchen der amerikanischen Regierung die Ausführung des Borsäureverbots bis zum Jahre 1904 verschoben sei. Diese Zeitungsartikel sind vollkommen unrichtig. Die amerikanische Regierung hat nie den leisesten Versuch zu einer Aufhebung gemacht oder erklärt, daß das Borsäureverbot gegen das Arataga-Abkommen verstoße. Die amerikanische Regierung hat nie gegen das Verbot remonstriert. Das Verbot ist schon vielfach durchgeführt, so ist zum Beispiel in Hamburg derartiges Fleisch beschlagnahmt. Gegen alle solche Verbote richten sich gewöhnlich zunächst die Angriffe der Beteiligten, bis schließlich ein anderes unschädliches Mittel gefunden wird. Ich erinnere Sie an das Verbot der zinkhaltigen Aepfelscheiben. Damals erhob sich auch ein großer Sturm. Jetzt sind die zinkhaltigen Aepfelscheiben aber verschwunden. Die Regierungen sind entschlossen, an dem Verbot festzuhalten, bis der unwiderlegliche wissenschaftliche Nachweis erbracht wird, daß das Gutachten des Gesundheitsamtes und des Gesundheitsrates unrichtig und unhaltbar ist. (Beifall rechts.) Bisher ist dieser Nachweis aber nicht erbracht. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. **Langerhans** (fr. Vp.):

Man kann nicht leugnen, daß Borsäure bis jetzt das einzige Konservierungsmittel ist, das allgemein gebraucht werden kann, auch nach seinem Preise. Es wurde früher allgemein verwendet und hat nie Schädigungen der Gesundheit hervorgerufen. Wir brauchen im täglichen Leben viel mehr und viel giftigere Stoffe als Borsäure. Wir werden den Mangel, daß wir kein Ersatzmittel für Borsäure haben, so hart empfinden, daß die Regierung selbst das Verbot nicht aufrecht erhalten kann. Ich gehe nicht weiter darauf ein, denn dem Verbot gegenüber werden auch meine Ausführungen nichts erreichen. Jedenfalls bringt das Verbot eines Konservierungsmittels, das Hunderttausende ohne Schaden brauchten, unermeßlichen materiellen Schaden.

Abg. Dr. **Oertel** (kons.):

Ich glaube nicht, daß das Verbot dauernden Schaden bringen wird. Man wird sich eben mit der Tatsache abfinden. Ich glaube nicht, daß Geheimrat Liebreich und die Herren, die hier für die Borsäure eintreten, aber wer sonst dafür eintritt, das aus egoistischen Gründen tun, aber das Verbot muß eben aus sachlichen Gründen aufrecht erhalten werden. Weil etwas dreißig Jahre bestand, braucht es nicht noch länger beibehalten zu werden, sonst könnten wir diese hohe Gesetzgebungsbude schließen — dann brauchten wir kein Phosphorverbot mehr, u. s. w. Wenn man sich mit Alkohol oder Tabak vergiftet, so tut man dies wissend und die Gefahr kennend, aber ich brauche mich doch nicht unwissend verboren zu lassen. (Heiterkeit.) Die amerikanische Regierung halte ich zu allem für fähig, auch zur Umgehung des Saratoga-Abkommens.

Abg. Dr. **Müller**-Meiningen (fr. Vp.):

Ich möchte den Herrn Staatssekretär fragen, ob die Wünsche der Zeitgeber hinsichtlich der Verwendbarkeit des Zimts erfüllt worden sind. Die Angehörigen der chemischen Industrie klagen darüber, daß viele chemische Körper als Geheimmittel verboten sind, ohne daß man den Grund des Verbots angab. Ich freue mich, daß die Judikatur das Gesetz über den unlauteren Wettbewerb gegen den Vertrieb verbotener Mittel anwendet, aber man darf dies nicht schablonenmäßig tun und harmlose Thees u. dergl. verbieten. Warum verbietet man zum Beispiel den Pain Expeller? Hier handelt es sich um kein Geheimmittel; die Zusammensetzung ist völlig bekannt. Dies eine Beispiel trifft für andere Mittel des Dr. Gustav Richter zu. Er ist bereit, die Zusammensetzung dem Reichsamt des Inneren bekannt zu geben und alles zu tun, was man von ihm verlangt, — aber warum verbietet man diese Mittel, deren Liste ich auf den Tisch des Hauses niederlege? Die verbotenen Mittel werden unter anderem Namen von anderen vertrieben, und ehe das Gesetz über den unlauteren Wettbewerb darauf angewendet wird, haben andere das Fett von einer Erfindung abgeschöpft. Der Erlaß des preußischen Kultusministers über die Anmeldungspflicht der Kurpfuscher beim Kreisarzt ist ein Schlag ins Wasser und nur geeignet, die Kurpfuscher, die nun gleichsam konzessioniert sind, zu unterstützen. Auch die Bestimmungen über die Publikation marktschreierisch empfohlener Mittel durch die Presse sind vom Uebel. Erstens sind sie kautschukartig zu verwenden, und dann müßte sich jeder Redakteur, um keine Uebertretung zu begehen, einen Arzt und einen Chemiker als Ratgeber halten. Das einzige Mittel, das die Presse aller Parteien auch verlangte, und das die wirkliche Bekämpfung der Geheimmittel bildet, ist die reichsgesetzliche Regelung dieser Materie.

Staatssekretär Dr. Graf **v. Posadowsky**:

Die Frage, ob zu Charnieren ein höherer Betrag von Zinn verwendet werden darf, als die sogenannte Reichsklegierung zuläßt, unterliegt zur Zeit der Prüfung des Reichsgesundheitsamtes. Von der Veröffentlichung der Geheimmittelliste ist vorläufig abgesehen worden, weil von den Interessenten selbst Bedenken dagegen erhoben worden sind. Es ist bekanntlich jedem Interessenten mitgeteilt worden, daß sein Geheimmittel auf die Liste gesetzt werden soll. In zahlreichen Fällen ist Widerspruch erhoben worden. Darüber finden nun kommissarische Beratungen statt. Sobald die Liste festgestellt ist, können die Schwierigkeiten, die jetzt hervorgehoben sind, für die Presse nicht mehr existieren. Man braucht dann nur nachzusehen, ob das Mittel zugelassen ist oder nicht. Ob der Pain Expeller auf die verbotene Liste gesetzt wird, kann ich natürlich jetzt nicht sagen. Solange eine gesetzliche Regelung der Geheimmittelfrage nicht erfolgt ist, wird die Liste den bestehenden Schwierigkeiten begegnen. Wir werden nicht zu scharf vorgehen. Die Leute, die nicht alle werden, wird man auch durch solche Listen nicht schützen können. Wir werden aber gegen diejenigen Mittel vorgehen, die gesundheitsgefährlich sein können, und gegen diejenigen, die schon durch ihren Preis als ein offenbar zu verdammender Schwindel zu bekämpfen sind.

Abg. Dr. **Oertel** (kons.):

Es wäre gut, wenn eine Liste der Geheimmittel erschiene, deren Empfehlung in der Presse erlaubt ist. Jetzt kann der vorsichtigste Redakteur nicht Fehler vermeiden, weil kein Arzt und kein Chemiker die Bedeutung aller einzelnen empfohlenen Mittel kennen kann. Im übrigen halte ich das Reichsgesundheitsamt für das beste aller Reichsämter, zu dem ich auch am meisten Vertrauen habe. (Heiterkeit.)

Abg. Dr. **Müller**-Meiningen (fr. Vp.):

Ich bitte den Herrn Staatssekretär nochmals, dafür zu sorgen, daß hinsichtlich der Reichszimtregierung einheitliches Recht bald allgemein geschaffen wird. Der Pain Expeller ist in einem württembergischen Preßprozeß und auch in Rußland von Sachverständigen als ein sehr gut wirkendes Mittel anerkannt, das aus lauter harm-